



NR^o1
Januar 2017

AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



Foto: David Blatter

EIN KLARES NEIN ZUR UNTERNEHMENSSTEUERREFORM III

An ihrer 3. ausserordentlichen Delegiertenversammlung 2016 in Frutigen BE haben die Delegierten der EVP Schweiz mit 72 zu 4 ein klares Nein zur Unternehmenssteuerreform III ausgesprochen. Parteipräsidentin Marianne Streiff sieht die Daueraufgabe der EVP darin, die Hoffnung der Menschen auf Gerechtigkeit zu stärken.

Mit 72 Nein- zu 4 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen sprachen sich die EVP-Delegierten gegen die Unternehmenssteuerreform USR III aus. Die Kosten der Reform sind vollkommen unvorhersehbar. Es sind keine Kompensationen vorgesehen, Steuerausfälle für Bund und Kantone in Milliardenhöhe analog der Vorgängerreform USR II zeichnen sich ab. Während Unternehmen und Aktionäre profitieren, müssen Mittelstand und die Schwächeren im Land diese Steuerausfälle in Form höherer Steuern, weiterer Sparpakete, steigender Gebühren, explodierender Prämien und starken Leistungsabbaus tragen.

Ein attraktiver Wirtschaftsstandort zeichnet sich jedoch nicht nur durch tiefe Steuern aus, sondern auch durch gut unterhaltene Infrastruktur, attraktive Ausbildungsmöglichkeiten, sozialen Frieden und eine hohe Lebensqualität. Zudem ist fraglich, ob auch KMU tatsächlich von der Reform profitieren.

Parteipräsidentin Marianne Streiff betonte in ihrer Eröffnungsrede

die zentrale Bedeutung christlicher Werte gerade in der gegenwärtig migrationspolitisch motivierten Wertedebatte: «Christliche Werte sind gerade im Umgang mit den Fremden gefragt und eine grosse Herausforderung», so Streiff. Zwar dürfte man nicht aus lauter Rücksichtnahme die eigene Identität und Wurzeln verleugnen. Aber in der Diskussion um christliche Werte gehe es um mehr als um unsere traditionellen Haltungen und Symbole: «Ich wünsche mir, dass unsere Werte gelebt werden im Miteinander und im politischen Alltag.» Angesichts der massiven Kürzungsanträge bei der Entwicklungszusammenarbeit in der Wintersession des Parlaments rief Streiff ihre Partei dazu auf: «Ich glaube es ist unsere Daueraufgabe mitzuhelfen, dass die grosse Hoffnung der Menschen auf Gerechtigkeit gestärkt wird!»

VON DIRK MEISEL, LEITER KOMMUNIKATION EVP
dirk.meisel@evppev.ch

INTENSIV. SEHR INTENSIV 6

MEI, Sparprogramm, Tabakwerbung, Prämienentlastung... – die NR-Wintersession war intensiv.

UNGERECHT UND UNAUSGEWOGEN 4 – 5



Die USR III steht zur Abstimmung. Ein Nein wäre eine zweite Chance, sagt Unternehmer Markus Weniger.

NICHT ENTMUTIGT 8

Niederlagen, Stabilität und Zugewinn – die EVP in den Kantonen im Blick zurück und nach vorn.

EDITORIAL



Dazu helfe uns Christus

Mit dem Schreiben dieser Zeilen bin ich nach frohen und wohltuenden Festtagen mit der Familie wieder mitten im politischen Alltag angekommen.

Ich hoffe, liebe Leserinnen und Leser, dass für Sie das vergangene Jahr ein wesentlich besseres war, als für die durch unsägliche Tragödien und Schrecken

erschütterte Welt.

«Welt ging verloren, Christ ward geboren», haben die meisten von uns eben noch gesungen. Die Strophe klingt in mir nach. Diese Frohbotschaft steht am Anfang des Evangeliums, das unsere EVP im Namen trägt. Es ist diese Zusage, die uns Hoffnung und Motivation gibt, auch im neuen Jahr unsere gesellschaftliche Mitverantwortung wahrzunehmen und politisch mehr denn je aktiv zu bleiben. Als Familienpartei ganz besonders.

Gerne zitiere ich Papst Franziskus, der in seiner Botschaft zur Feier des Weltfriedenstag vom 1. Januar 2017 schrieb: «Wenn die Wurzel, der die Gewalt entspringt, das Herz der Menschen ist, dann ist es ganz wesentlich, den Weg der Gewaltfreiheit an erster Stelle innerhalb der Familie zu gehen. Aus dem Innern der Familie springt die Freude der Liebe auf die Welt über und strahlt in die ganze Gesellschaft aus.» Rhetorik? Frommer Wunsch? Utopie? Im Gegenteil! Ich bin davon überzeugt, dass wir EVPlern und EVPlern genau dazu aufgerufen sind. Danke all jenen, die weiterhin bereit sind, sich in diesem Sinne für das Wohl der Gesellschaft in unserer Welt zu engagieren.

Im vorliegenden Heft zeigen wir, was uns an Themen und Herausforderungen unmittelbar bevorsteht. Ich freue mich darauf, mit Ihnen im neu angefangenen Jahr die gestellten Aufgaben mit Elan und Zuversicht anzupacken. Im aufgeheizten politischen Klima, wo scheinbar der gewinnt, der lügt, wo Anstand, Respekt und Konsens an Bedeutung verlieren, ist unsere glaubwürdige und lösungsorientierte Politik unverzichtbar. Dazu helfe uns Christus, der Retter der Welt.

Herzlich Ihre

Marianne Streiff

Marianne Streiff
Präsidentin der EVP Schweiz

EVP AUF SOCIAL MEDIA

 www.facebook.com/evppev

 [@evppev](https://twitter.com/evppev)

PAROLEN

Beschlossen von der Delegiertenversammlung vom 3. Dezember 2016 in Frutigen für die Volksabstimmung vom 12. Februar 2017.



**BUNDESBESCHLUSS ÜBER
DIE ERLEICHTERTE EINBÜR-
GERUNG VON PERSONEN
DER DRITTEN AUSLÄNDER-
GENERATION**

JA



**BUNDESBESCHLUSS ÜBER
DIE SCHAFFUNG EINES
FONDS FÜR DIE NATIO-
NALSTRASSEN UND DEN
AGGLOMERATIONSVER-
KEHRS (NAF)**

JA



**UNTERNEHMENSSTEUER-
REFORMGESETZ III**

NEIN

O-TON



Jahresrückblick NZZ online vom 28.12.2016
Kommentar von Simon Gemperli

**«Die EVP kann durch das abweichende Stim-
verhalten für sich beanspruchen, kein Anhängsel
der CVP zu sein.»**

Trotz massivem Druck stimmte die EVP in Kommission und Rat konsequent gegen eine Umsetzungslösung der MEI, welche die Bilateralen gefährdet hätte.

Anzeige



Wollen Sie über Ihren
Tod hinaus Gutes tun?

Helfen und Sinn stiften

Ihr Legat oder Ihre Spende helfen, dass wir unsere Arbeit unter den Ärmsten weiterhin tun können. Verlangen Sie unseren Testaments-Ratgeber.

Hohlstrasse 192, 8004 Zürich, Tel. 043 336 50 80
www.swsieber.ch, info@swsieber.ch, Spendenkonto 80-40115-7



Sozialwerke Pfarrer Sieber
auffangen – betreuen – weiterhelfen



Niemanden zurücklassen «Leaving no one behind» – dieser Satz in Maja Ingolds Mail zum Jahresende berührt mich. Sie berichtet von extremer Armut und den Folgen des Klimawandels für die indigenen Völker Afrikas. Von kriegerischen Konflikten und drohendem Völkermord ohne jegliche Perspektive auf Frieden. Aber auch von der Agenda 2030, deren Ziele die Schweiz in Paris mitunterzeichnet hat. Diese Agenda will «niemanden zurücklassen» und «diejenigen zuerst erreichen, die am weitesten zurückliegen». Sie entwirft die Vision einer nachhaltigen Entwicklung, die alle Menschen und den Planeten Erde als Ganzes umfasst. Eine Vision von friedlicheren, gerechteren und inklusiveren Gesellschaften. Gesellschaften mit demokratischer Teilhabe, Rechtsstaatlichkeit, guter und transparenter Regierungsführung, persönlicher Sicherheit. «Leaving no one behind» meint die ärmsten und fragilsten Länder und Bevölkerungsgruppen, die bisher durch alle Netze gefallen sind. Und die Mail spricht von der Hoffnung, auch 2017 «etwas zu bewegen und einen Beitrag leisten zu dürfen zu mehr Glück und Frieden in dieser Welt». Weltfremd? Nein! Liebe Maja, ich teile deine Hoffnung. In diesem Sinne allen ein erfülltes 2017!

**DIRK MEISEL, LEITER
KOMMUNIKATION EVP CH**
dirk.meisel@evppev.ch

EIN KLARES JA FÜR DIE 3. GENERATION

Die Delegiertenversammlung in Frutigen sprach sich Anfang Dezember einstimmig für die erleichterte Einbürgerung aus. Der «Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration» sieht vor, dass die rund 4000 bis 5000 ausländischen Jugendlichen der dritten Generation in der Schweiz künftig unter bestimmten Voraussetzungen eine erleichterte Einbürgerung beantragen können. Die erleichterten Bedingungen entsprechen denen für ausländische Ehepartner von Schweizern.

In der dritten Generation in der Schweiz lebende Jugendliche könnten, so Marianne Streiff vor den Delegierten, nicht mehr wirklich als Ausländer bezeichnet werden. Sie seien voll integriert, während sie die Heimat ihrer Grosseltern allenfalls aus den Ferien kennen würden. «Sie sprechen unsere Sprache, wohnen, studie-



Foto: Pixabay

Ein Zeichen des Vertrauens: Die erleichterte Einbürgerung.

ren, arbeiten und leben in der Schweiz. Nichts unterscheidet sie von den Jugendlichen mit einem Schweizer Pass.» Heute seien diese Einbürgerungen zudem kantonale höchst unterschiedlich geregelt. «Die vom Parlament beschlossene einheitliche Bundeslösung ist deshalb überfällig!» Die Enkel

der Migrantinnen und Migranten von vorgestern seien unsere Jugendlichen von heute. «Sie sollen mitreden, mitgestalten und unser Vertrauen spüren können», so Streiff. Denn «die Jugendlichen geben der Schweiz den Schwung, den wir brauchen, um weiterhin voranzukommen.»

FÜR MEHR PLANUNGSSICHERHEIT

Mit 48 Ja- zu 35 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen befürworteten die EVP-Delegierten an ihrer Versammlung Anfang Dezember in Frutigen die Einrichtung des «Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehrs (NAF)». Dieser auf Verfassungsebene einzurichtende Fonds soll die Finanzierung der Nationalstrassenaufgaben sowie die Bundesbeiträge an den Agglomerationsprogrammen transparent aus einem Gefäss langfristig sichern. Er kann aufs Folgejahr übertragbare Reserven bilden und so Ausgabenschwankungen abfedern. Er erhöht die Planungs- und Realisierungssicherheit der Verkehrsinfrastrukturprojek-

te, die lange Planungs- und Bauzeiten sowie hohe Investitionssummen benötigen. Analog zum Bahninfrastrukturfonds können mit dem NAF die

nötigen Investitionen besser geplant und finanziell abgesichert werden. Der Fonds trägt dazu bei, Strasse und Schiene gleichzustellen.

So fährt die Schweiz gut.

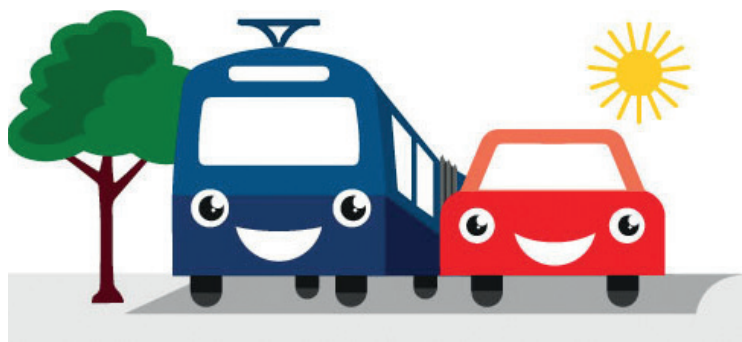


Foto: zVg

Mehr Sicherheit für Planung und Umsetzung: der NAF

EIN NEIN ALS ZWEITE CHANCE FÜR DIE DOPPELTE MOGELPACKUNG

Am 12. Februar entscheidet das Stimmvolk über die Unternehmenssteuerreform III (USR III). Sie soll Arbeitsplätze sichern, sagen die einen. Sie kostet Milliarden auf Kosten von Mittelstand und sozial Schwächeren, befürchten die Gegner. Sie ist unausgewogen und ungerecht, sagt Unternehmer Markus Wenger. Sein Nein sieht er als Chance, die notwendige Reform zu verbessern.



Markus Wenger, 59, wohnhaft in Spiez, Miteigentümer des Familienunternehmens Fenster Wenger AG, verheiratet, Vater von 3 erwachsenen Kindern.

Markus, du hältst die Unternehmenssteuerreform an sich für wichtig und unumgänglich – warum braucht es sie deiner Meinung nach überhaupt?

Die Aufgabe der Wirtschaft ist in erster Linie, Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen und

nicht Steuern zu zahlen. Durch die Besteuerung der Geldabflüsse aus den Unternehmen ist dann der Staat zu finanzieren. Zudem sind in einer globalen Wirtschaft günstige Rahmenbedingungen sehr wichtig.

Du sprachst davon, dass der eigentliche Sündenfall die USR II gewesen sei, die verschiedene Ungerechtigkeiten eingeführt habe. Was konkret lief damals falsch?

Die USR II brachte eine Privilegierung der Dividenden. Wer mit mehr als 10% an einer Firma beteiligt ist, muss das Einkommen aus diesen Dividenden nur zur Hälfte versteuern. Wenn wir die Unternehmen steuerlich entlasten, muss sichergestellt sein, dass möglichst alle Geldabflüsse einheitlich besteuert werden.

Du wirfst der neuen Reform

Steuerungsgerechtigkeit vor – weshalb?

Es sind vor allem zwei Punkte: Die erwähnte Privilegierung der Dividenden und der Zinsabzug, ohne dass ein solcher Aufwand tatsächlich erfolgt ist. Wenn wir bei der Ermittlung vom steuerbaren Gewinn beginnen, Aufwände in Abzug zu bringen, die gar nie stattgefunden haben, werden wir zur Bananenrepublik und schaffen ein sehr sonderbares Rechts-

«Mit dem Zinsabzug werden wir zur Bananenrepublik und schaffen ein sehr sonderbares Rechtsverständnis.»

verständnis.

Die Gegner der Unternehmenssteuerreform III befürchten Steuerausfälle in unbekannter Milliardenhöhe für Bund, Kantone und Gemeinden ähnlich wie bei der Vorgängereform (USR II).

Ausfälle, die entweder durch höhere Einkommenssteuern für die Mittelschicht oder durch Sparpakete aufgefangen werden – auf Bundesebene etwa im Bereich Bildung (30%) oder in der Entwicklungszusammenarbeit. Schafft das nicht neue Ungerechtigkeit: Zusätzliche Gewinne für die Konzerne auf Kosten der Mittelschicht und der Schwächeren?

Die USR III ist in Verbindung

mit der USR II eine Mogelpackung. Bei der USR II hat man mit dem Argument der Doppelbesteuerung die erwähnte Privilegierung von Dividenden durchgeboxt. (Man argumentierte, der Unternehmensgewinn werde bereits mit der Gewinnsteuer versteuert und dann nochmals bei den Dividenden.) Diese Anpassung hat grosse Mindereinnahmen zur Folge. Zudem ist die 10%-Klausel ungerecht.

Mit der USR III will man nun faktisch die Doppelbesteuerung aufheben, ohne jedoch bei den Geldabflüssen über Dividenden zu korrigieren. Die verbleibende Besteuerung von 10 bis 15% entspricht nun den Sozialabgaben wenn das Geld als Lohn ausgeschüttet wird.

Die Kritiker vermessen jegliche Gegenfinanzierung. Nach Gegenfinanzierungen wird in den Kantonen krampfhaft gesucht. Mit einer aus-



Eine Anpassung der Unternehmensbesteuerung ist notwendig. «Eine Verweigerung käme uns teuer zu stehen», ist Familienunternehmer Markus Wenger überzeugt.

gewogenen USR III, die das Dividendenprivileg abschafft, wäre eine vernünftige Gegenfinanzierung gegeben. Bei einem solchen Modell hätten die Kantone auch die Möglichkeit, bei den Unternehmen und bei den Einkommen Erleichterungen umzusetzen und gleichzeitig würde eine Ungerechtigkeit aus der Welt geschafft.

Rund dreiviertel der Dividenden der Konzerne und Aktionäre fliessen offenbar ins Ausland. Extragewinne, die ins Ausland gehen, dafür Steuererhöhungen und Leistungsabbau im Inland, um damit internationale Firmen an der Abwanderung zu hindern. Schädigt man dadurch nicht andere wertvolle Aspekte des Wirtschaftsstandortes wie den Bildungsstandort, die Infrastruktur, den sozialen Frieden?

Genau dieser Punkt zeigt einen problematischen Effekt, der für den Schweizerfranken einen Aufwertungsdruck erzeugt. Mit dem Zinstrick in der USR III-Vorlage würde dieses Problem wahrscheinlich noch verstärkt. Es würde für grosse Unternehmen interessant, mehr Geld als nötig in der Schweiz zu parkieren um damit Steuern zu sparen. Geld, das als Investitionskapital dringend benötigt würde.

Stell dir vor, das Steuergesetz lockt Gelder in die Schweiz und die Nationalbank kämpft mit Minuszinsen und Devisenkäufen gegen die Aufwertung des Schweizerfrankens.

Du hattest dich anfangs dafür ausgesprochen, nun auch die USR III anzunehmen, sie quasi ohne Begeisterung „durchzuwinken“. Inzwischen trittst du für ein entschiedenes Nein ein – was hat dich zum Umdenken gebracht?

Wir brauchen eine Anpassung bei der Besteuerung der Unternehmen. Eine Verweigerung käme uns teuer zu stehen. Anfänglich war ich der

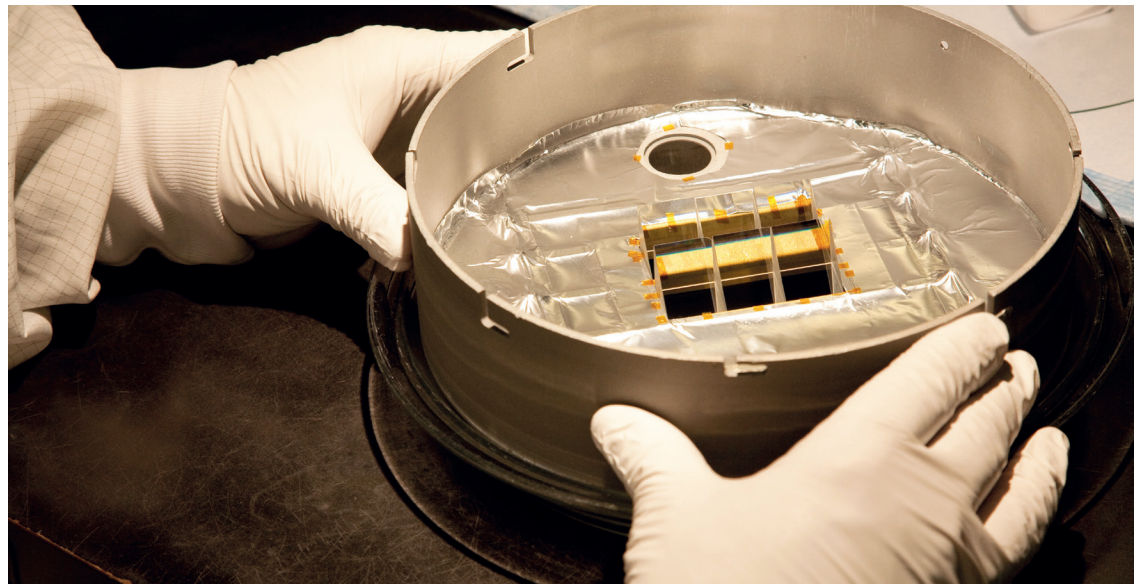


Foto: pixabay

Ein Nein zur USR III muss keine grundsätzliche Ablehnung gegen jegliche Reform sein. Es soll eine Chance für das Parlament sein, die Reform grundlegend zu verbessern.

Meinung dass man halt gewisse Schwachpunkte in Kauf nehmen muss. Mir wurde jedoch klar, dass ein Nein nicht eine grundsätzliche Ablehnung einer Reform sein muss. Heute ist für mich ein Nein ein zweite Chance für das Parlament, eine verbesserte Revision zu beschliessen.

An welchen Punkten müsste die USR III aus deiner Sicht konkret nachgebessert werden?

Die Streichung vom Zinstrick und die Gleichstellung von Dividenden und Löhnen auf

«Ethische Werte sind für die Zukunft unseres Landes überlebenswichtig. Selbstverständlich auch in der Wirtschaft.»

eidgenössischer und kantonaler Ebene sind nötig. Wenn das Parlament mehr tun möchte, wäre ein Pauschalabzug pro Arbeitsplatz für Beeinträchtigte eine sinnvolle Zugabe.

Heizt die USR III nicht den Steuerwettbewerb unter den Kantonen noch zusätzlich an? Basel-Stadt, Genf und Waadt haben bereits fast eine Halbierung der Steuersätze für Unternehmen in Aussicht

gestellt?

Der Steuerwettbewerb stösst tatsächlich an Grenzen. In einer Marktwirtschaft ist ein Wettbewerb nur möglich, wenn für die Beteiligten die Rahmenbedingungen ungefähr gleich sind. Bei den enormen kantonalen Unterschieden wäre somit aus ökonomischer Sicht das Wort «Wettbewerb» unzulässig. Der Begriff «gegenseinander Auspielen» passt viel besser. Über diese Fragen müssen wir uns ausserhalb der USR III grundlegende Gedanken machen.

Die Befürworter der Reform argumentieren, dass bei einer Ablehnung zehntausende Arbeitsplätze bei den Schweizer KMU gefährdet wären – nur das übliche Totschlagargument oder eine reale Gefahr?

Eine grundsätzliche Ablehnung der Reform wäre tatsächlich ein unverantwortbares Risiko. Eine Rückweisung zur Nachbesserung ist jedoch eine grosse Chance.

Auf den Zinstrick können wir

verzichten und die Dividendenprivilegierung wird mit dem Wegfall der Doppelbesteuerung hinfällig.

Manch einer fragt sich bereits, ob man Unternehmen, die ausser Steuergewinnen kein Interesse an der Schweiz und ihren Arbeitnehmenden haben, überhaupt im Land will. Ist das für dich als ethisch und sozial handelnder Unternehmer nachvollziehbar?

Ethische Werte sind für die Zukunft unseres Landes überlebenswichtig. Selbstverständlich auch in der Wirtschaft. Auch hier ist eine Abgrenzung der Interessen in der Praxis jedoch oft schwierig. Die Förderung reiner Briefkastenfirmen darf nicht unser Ziel sein.

Würde eine Ablehnung und eine anschliessende parlamentarische Nachbesserung nicht eine Verzögerung um Jahre bedeuten?

Nein, eine Nachbesserung braucht nicht viel Zeit. Es wird erst problematisch, wenn diese Nachbesserung die wesentlichen Ziele verfehlt und erneut das Referendum ergriffen würde.

INTERVIEW: DIRK MEISEL

dirk.meisel@evppev.ch

Packt mit an 1



Seit 1. Januar 2017 ergänzt Lukas Zimmermann-Oswald das Team des GS der EVP Schweiz als Projektleiter für die Deutschschweiz mit einem 15%-Pensum. Seine Hauptaufgabe: Support der EVP-Sektionen. Er unterstützt, begleitet und berät die Sektionen bei der Basisarbeit und Weiterentwicklung, ebenso bei Wahlgängen oder in der Mitglieder- und Kandidatenakquise.

Packt mit an 2



Philippe Siraut stiess in gleicher Funktion für die Romandie ebenfalls am 1.1.2017 zum Team. Beiden ein herzliches Willkommen!

Save the date



KMU-Forum 2017: 5. Mai 2017 zum Thema «Ethisches Unternehmertum» zu Gast bei der Jobfactory AG in Basel.

VON MASSEINWANDERUNG BIS PRÄMIENENTLASTUNG FÜR FAMILIEN

Das Finale zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, Sparprogramm und Budgetkürzungen, Prämienlast für Familien, Entlastung für Schwerbehinderte und der verweigerter Kampf um die Tabakwerbung – intensiv war sie, die Wintersession 2016 im Bundeshaus. Sehr intensiv.

Das Gesetz zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative war ein emotionales Thema, das viele Stunden im Rat und in zusätzlichen Kommissions-sitzungen erforderte. Das Parlament hat sich in der Schlussabstimmung auf eine Umsetzung geeinigt, die die Verpflichtungen der Schweiz aus dem Freizügigkeitsabkommen nach Einschätzung des Bundesrats nicht verletzt.

Abgelehnt hat der Nationalrat die Möglichkeit, Massnahmen im Widerspruch zum Freizügigkeitsabkommen zu beschliessen, sofern keine Einigung mit der EU möglich ist. Die Mehrheit im Rat und auch wir EVP-Nationalrätinnen hielten nichts davon, die bilateralen Verträge für eine halbherzige Umsetzung der Initiative aufs Spiel zu setzen. Die CVP wollte bis zuletzt eine eigene Lösung durchbringen mit Kosmetikmassnahmen, die die Zuwanderung auch nicht besser eingeschränkt, im Gegenzug aber das Freizügigkeitsabkommen hätten gefährden können. Da

konnten wir nicht mitmachen.

Marianne hatte sich bereits von Anfang an auch in der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates klar gegen jegliche Massnahmen ausgesprochen, die das Freizügigkeitsabkommen mit der EU und damit die bilateralen Verträge gefährden könnten. Die Bilateralen Verträge sind ein wesentlicher Pfeiler des Wirtschafts-, Arbeits- und Forschungsstandortes der Schweiz. Auch das Volk hat sie mehrmals bestätigt. Sie dürfen nicht ohne Not

gefährdet werden. Diese klare Haltung hat sich nun auch im Nationalrat durchgesetzt.

Familien bei den Prämien entlastet

Der Nationalrat hat entschieden, die Krankenkassenprämien für Familien mit tiefen und mittleren Einkommen spürbar zu senken. Die EVP unterstützte die Vorlage von Beginn an bereits in der Kommissionsarbeit. Ihr war wichtig, dass die Prämien für Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung, die in Familien mit unteren und mittleren Einkommen leben,



Foto: Dirk Meisel

Für die EVP im Nationalrat: Marianne Streiff und Maja Ingold

IMPRESSUM

AKZENTE: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)
 Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- /Jahr
Herausgeber: EVP Schweiz, PF, 3001 Bern, 031 351 71 71, info@evppev.ch, www.evppev.ch
Redaktion und Grafik: Dirk Meisel (dm)
Adressen und Aboverwaltung: Sara Schnegg
An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Markus Wenger, Maja Ingold, Marianne Streiff, Ellen Tedaldi (Lektorat)
Druck und Vertrieb: Jordi AG, Belp
Copyright: Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet



Druck | ID: 53458-1410-1071

TERMINE 2017

- 12.02. Eidgenössische Volksabstimmung
- 27.02. - 17.03. Frühjahrsession des eidgenössischen Parlaments
- 17.03. Zentralvorstand
- 18.03. 98. ordentliche Delegiertenversammlung, Luzern

wirksam und stärker als heute gesenkt werden. Künftig sollen die Prämien um 80 Prozent verbilligt werden. Bisher waren es lediglich 50 Prozent. Für uns ebenfalls wichtig: Der Nationalrat verpflichtet mit dieser Vorlage in Zukunft alle Kantone, besagte Prämien einheitlich um mindestens diese 80 Prozent zu reduzieren. Heute können die Kantone dies unterschiedlich handhaben und entsprechend den Sparstift bei den einkommensschwächeren Haushalten ansetzen.

Gezielte Entlastung für Schwerbehinderte

Eine berührend überwältigende Mehrheit des Nationalrats (186 : 2!) will Familien, die schwer-krank oder Kinder mit schwerer Behinderung zu Hause pflegen, durch zusätzliche finanzielle Mittel gezielt entlasten.

Maja Ingold hatte sich bereits in der Kommission konsequent auch dafür eingesetzt, dass der so genannte Intensivpflegezuschlag künftig nicht mehr vom Assistenzbeitrag abgezogen wird, so dass Familien nicht benachteiligt werden, die einen Assistenzbeitrag erhalten. Uns war wichtig, dass die Assistenz ohne jegliche Abzüge gewährleistet wird, um eine chronische Überforderung und Überlastung der Familienmitglieder zu vermeiden. Auch dies befürwortete die Ratsmehrheit. Marianne Streiff hatte sich bereits 2011 mit einer Motion für eine weitergehende Entlastung betroffener Familien eingesetzt.

Gegen migrationspolitisches Eigentor

Im Stabilisierungsprogramm, dem Sparprogramm des Bundes, für die Jahre 2017 bis 2019 gab es eine Position, die uns aus EVP-Sicht besonders am Herzen lag: Die Entwicklungszusammenarbeit. Der Nationalrat lehnte zum Glück den Antrag seiner Kommission ab, die Mittel hierfür noch weiter zu kürzen als ohnehin schon vom Bundesrat vorgeschla-



Fotos: Edouard Rieben

Unermüdlich kämpfend für soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Menschenwürde: Die EVP-Nationalrätinnen Maja, Ingold, ZH und Marianne Streiff, BE.

gen. Die rechts-bürgerliche Kommissionsmehrheit wollte jährlich noch 100 Millionen Franken zusätzlich sparen. Damit wäre rund ein Drittel (!) des gesamten Sparpakets zulasten der Entwicklungshilfe gegangen. Nun ist es immer noch ein Viertel.

Die EVP stellte sich im Rat konsequent gegen Kürzungen in der Entwicklungshilfe und konnte so mithelfen, noch Schlimmeres zu verhindern. Es entbehrt jeglicher Logik, lauthals nach Hilfe vor Ort zu schreien, um die Migrationsströme zu stoppen, dann jedoch eiskalt die Mittel dafür zu streichen. Ein «migrationspolitisches Eigentor», wie SP-Kollege Philipp Hadorn zu Recht anmerkte. Und gesparrt ist unterm Strich auch nichts – im Gegenteil: Jede Person, die in die Schweiz flüchten muss, verursacht hier ein X-faches an Kosten im Asylwesen. Und damit weitere Sparpakete...

Tabakwerbung: Verhinderte Debatte

Die Mehrheit des Nationalrates ist mit 101 : 75 Stimmen dem Ständerat gefolgt und hat das neue Tabakproduktegesetz (TabPG) an den Bundesrat zurückgewiesen. Dieser wollte darin unter anderem durch zusätzliche Einschränkungen von Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring Jugendliche

vor den schädlichen Folgen des Tabakkonsums schützen. Doch der Rat gewichtete die förderlichen Bedingungen für die Tabakindustrie höher als die Gesundheitsförderung.

Die EVP hatte sich bereits in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) dafür eingesetzt, dass die Debatte um den Interessenskonflikt Wirtschaftsfreiheit versus Jugend- und Gesundheitsschutz endlich ausgetragen wird. Der Zielkonflikt ist klar: Eine auf Umsatzsteigerung orientierte Tabakindustrie steht diametral gegen eine staatliche Regulierung, die den Tabakkonsum einschränken will.

Wir finden uns in der alten Debatte und in einer politisch wichtigen Güterabwägung zwischen den Interessen der Wirtschaft und den gesundheitspolitischen Anliegen der Prävention und des Jugendschutzes. Man darf dieser umfassenden Diskussion nicht aus dem Weg gehen, dafür ist das Parlament da. Dass es Handlungsbedarf gibt, ist unbestritten, Rückweisung kommt Arbeitsverweigerung gleich.

Maja Ingold hatte als SGK-Kommissionsprecherin im Namen der Kommissionsmehrheit beantragt, die Rückweisung des Ständerates abzulehnen. «Die gesundheitlichen Auswirkungen des Ta-

bakkonsums sind erheblich, die daraus resultierenden Kosten ebenfalls. Sie sind viel höher als das, was an Tabaksteuern zurückkommt», erinnerte Ingold den Rat.

Mit der nun verhinderten Debatte hätte das Parlament zeigen können, wie eine verantwortungsvolle Güterabwägung zwischen den berechtigten Interessen der Tabakindustrie und der Gesundheitsförderung, insbesondere dem Jugendschutz aussieht. Mehr als die Hälfte der Raucherinnen und Raucher beginnt als Minderjährige zu rauchen. Da darf der Jugendschutz nicht zur Alibiübung verkommen. Die EVP steht weiterhin dafür ein.

Der Bundesrat muss nun eine neue Vorlage erarbeiten. Besonders stossend: Der Ständerat hat in seiner Rückweisung den Bundesrat bereits konkret beauftragt, dass die neue Vorlage unter anderem keine weitergehenden Werbeverbote mehr enthalten darf. Diese Aufträge sind nun verbindlich, ohne dass der Nationalrat daran etwas verändern konnte.

VON MARIANNE STREIFF
marianne.streiff@parl.ch

UND MAJA INGOLD
maja.ingold@parl.ch

 WWW.EVPEV.CH/SESSIONSBERICHTE

NR° 1
Januar 2017

AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



A.Z.B.
3001 Bern



AUS DEN KANTONEN



Fotos: pixabay

INVESTITION IN PARTEIAUFBAU UND BASISARBEIT

Für manche wurde 2016 trotz Engagement und Wählerzuwachs das Jahr der bitteren Niederlagen. Andere Sektionen dürfen dankbar auf stabile Ergebnisse zurückblicken. Aber für alle Sektionen in den Kantonen gilt: «Wir lassen uns nicht entmutigen!» Ein Blick im Telegrammstil zurück und nach vorn.

EVP Bern: Durchgezogene Ergebnisse beim kommunalen Super-Wahlherbst 2016. Mitunter fehlten lediglich 10 Stimmen, um ein Exekutivmandat trotz Wählerzuwachs zu halten. Fazit einmal mehr: Jede Stimme kann entscheiden! Erfreulich: An den meisten Orten hat sich die EVP gehalten oder sogar neue Mandate gewonnen. **EVP Aargau:** Bei den Grossratswahlen 2016 konnte die EVP ihre 6 Sitze halten und ihren Wähleranteil sogar leicht ausbauen. Zum Jahresende übergab Naémi Wyss das Parteisekretariat an Lucas Deubelbeiss. An der nächsten GV steht ein Präsidiumswechsel an. **EVP Zürich:** Mit 4 Wechseln ist ein umfassender Generationenwechsel im Kantonsrat im Gang. **EVP Thurgau:** Alle 5 Kantonsratsitze konnten verteidigt werden. Die Wahlen halfen auch bei der Mitgliederakquise. Pascal Haller ist neuer Sektionssekretär. Regula Streckeisen kündigt für 2017 ihren Rücktritt an, die Nachfolgeregelung ist bereits im Gange.

PEV Waadt: Für die Grossratswahlen im April 2017 hat die PEV ein Mittepaket mit 5

Parteien geschnürt: Die Alliance du centre. Die **PEV Neuenburg** liegt auf Eis. Die **PEV Fribourg** hat zurzeit ein Präsidium, das nicht im Kanton angesiedelt ist. Die **PEV Genève** konzentriert sich auf die Basisarbeit und darauf, sich zu positionieren. Die PEV Jura will sich trotz geringer Mitgliederanzahl an den Gemeindewahlen 2017 im Oktober in mehreren Gemeinden präsentieren.

EVP Solothurn: Der Vorstand ist neu besetzt. Alt-Nationalrat Heiner Studer coacht die Sektion. Bei den Kantonsratswahlen 2017 tritt die EVP mit einer Liste von 14 Kandidaten an. Auch für die Gemeinderatswahlen in Olten und Solothurn stehen Listen bereit.

EVP Baselland: Eine neue Stelle für Parteaufbauarbeit soll die weissen Flecken in der Region bearbeiten. Zur Finanzierung wird ein Förderkreis aufgebaut. Urs von Bidder kündigt einen Wechsel des Präsidiums auf die nächste GV an.

EVP Luzern: Es konnte angesichts der herausfordernden Ausgangslage kein Mandat bei den letzten Wahlen geholt werden. Das Motto lautet bis auf

Weiteres: Präsenz markieren im Rahmen der Möglichkeiten.

EVP Schwyz: 2016 nahm die EVP erstmals an Kantonswahlen nach Proporzsystem teil. Das für einen Sitz benötigte 1 Prozent blieb jedoch aus, da lediglich eine Liste für 21 Sitze in 3 Wahlkreise zustande kam. Aber inzwischen verzeichnet man einen leichten Mitgliederzuwachs und ist auf der Suche nach einem Nachfolger für das Präsidium.

EVP St. Gallen: Die EVP hat ein schwarzes Jahr mit einigen Mandatsverlusten zu verkraften. Sie ist nicht mehr im Kantonsrat vertreten. Die Strategie für die Zukunft steht jedoch bereits: Oben verschlanken und mehr Kräfte in den einzelnen Bezirken investieren, um dort Mitglieder zu akquirieren. Die Kantonalpartei will den Wahlkreisen mehr bei der Parteaufbauarbeit helfen. «Wir lassen uns nicht entmutigen», heisst es entschlossen.

EVP Appenzell AR: Die EVP stellt einen Kantonsrat und 3 Einwohnerräte in Herisau.

EVP Graubünden: Die EVP verteidigte ihren Sitz im Grossen Landrat von Davos. (dm)